

hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein

www.du4.li Ausgabe 2/17 - April 2017

Landtagswahl, Nachwahlbefragung, Frauenquote, Biber...

von Harry Quaderer

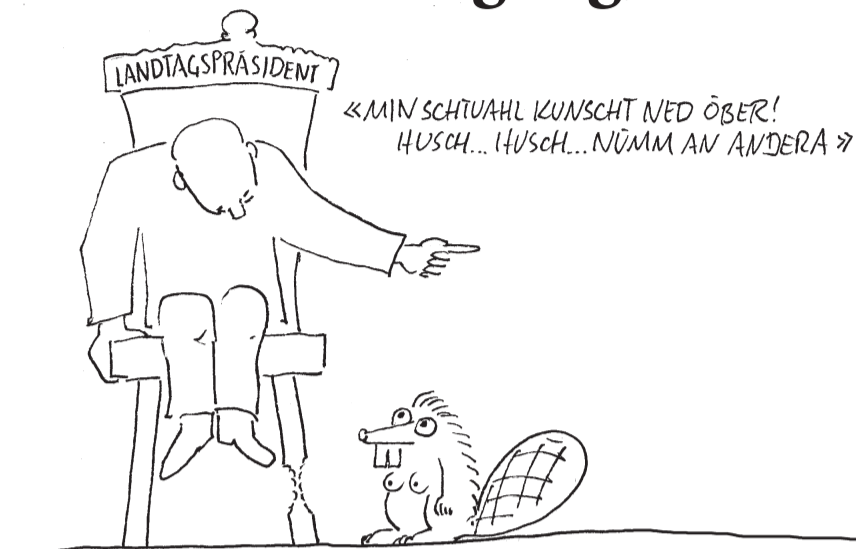
Die Nachwahlbefragung sorgte für noch mehr Aufsehen als die Wahlen selbst: Während Wochen war eine mögliche Frauenquote das Hauptthema in den Leserbriefspalten. Dann rückt der Biber ins Blickfeld. Medienschaffende und auch Leserbriefschreiber gingen wahrlich emotional zur Sache. Es wird gefordert, kritisiert, analysiert und so einige Damen und Herren wissen alles besser und haben es schon immer gewusst, nur sich getraut etwas zu sagen, das haben sie erst nachdem sie von den Fakten überholt wurden.

Landtagswahl 2017

Lachende und lange Gesichter. Die FBP stimmenstärkste Partei (-4.5%), die VU ist ihren Ansprüchen nicht gerecht geworden (+0.2%), die Freie Liste legt leicht dazu (+1.5%) und die Unabhängigen haben Grund zu feiern (+3.1%) und auch als einzige Partei ein Mandat im Landtag dazu gewonnen, dies zu Lasten der FBP. Es gab keinen Erdbeben. Die Opposition hat zugelegt und die Altparteien reichen sich die Hand für weitere vier Jahre FBP/VU-Jobsharing und Kuchenessen. Die du-Fraktion wird ihre Rolle als Oppositionspartei ohne Wenn und Aber wahrnehmen und in gewohnter Manier den Finger dort drauflegen, wo es vielleicht auch mal Schmerzen erzeugen könnte.

Nachwahlbefragung

«Je älter desto schwärzer» betitelt eine der Parteiblätter die interessanten Einblicke in das Wahlverhalten der Wähler und Wählerinnen Liechtensteins. Landespolitologe Wilfried Marxer kam zum Schluss, dass der eigentliche Wahlkampf als «flach» einzustufen war. Hätte nicht das unsägliche Verhalten der Ärztekammer im OKP-Konflikt Ende des Jahres für Stimmung gesorgt,



hätte man wohl nicht einmal gewusst, dass auch noch Landtagswahlen anstünden. Vier Jahre Kuschelkurs fanden ihren Abschluss, bei welchem eigentlich alles beim Alten blieb.

Um festzustellen, dass DU auf Kosten der FBP zugelegt hat, wäre eine Nachwahlbefragung wohl nicht nötig gewesen. Die Zahlen waren eindeutig. Je jünger desto weisser, je älter desto schwärzer. Rot holt sich Stimmen bei den 35 bis 54 Jährigen und DU bei den Randgruppen, dies die bahnbrechenden Erkenntnisse des Liechtenstein-Instituts. Die Nachwahlbefragung ergab, dass die Unabhängigen wegen ihres Programms gewählt wurden. Hoffentlich war das ein Augenöffner für unsere politischen Widersacher, die immer wieder behaupteten, wir hätten kein Programm.

So kann man sich also täuschen. Das Volk ist halt manchmal gescheiter als so manch Studierter. Die Umfrageergebnisse lassen sich unter www.liechtenstein-institut.li finden.

Frauenquote

«Auf Ebene eines Entwicklungslands»? Von 20% (5 Frauen) im Jahr 2013 ist der Frauenanteil im Landtag auf 12% (3 Frauen) gesunken. Dies die nackte Tatsache. Vergessen aber die Tatsache, dass während fünf Wahlen von 1986 bis 1997

gerade mal immer nur eine Frau in den Landtag gewählt wurde? Im Jahre 2001 wurden drei Frauen gewählt und im Jahre 2005 und 2009 (6 Frauen) was den bisherigen Höchststand bedeutete.

Für die nominierten Frauen waren die Landtagswahlen 2017 also sicherlich kein Grund zum Jubeln. Zwei bestehende Frauen wurden abgewählt. Auch zwei bestehende Männer wurden abgewählt. Im Nachhinein weiss man natürlich alles besser, aber die mediale Kampagne welche sich dann des schlechten Abschneidens der Frauen wegen entfachte, ist auch ärgerlich. Ärgerlich deshalb, da Frauen und Männer mit der Quotenkeule schwangen, ohne dass sie sich jemals selber für ein Amt bei einer Partei zur Verfügung gestellt hätten. Sind wir doch ehrlich: Es gibt kein Patentrezept, um mehr Frauen in die Politik zu bringen. Das Problem mit einer Quote zu beheben, wäre ein Rückschritt, kein Fortschritt. Alle Parteien werden auch bei den nächsten Wahlen wieder ihr Bestes versuchen, Frauen zu portieren. Frauen sind bei allen Parteien willkommen! Nun aber die Wahlchancen der Frauen durch einen gesetzlich vorgeschriebenen Prozentsatz erreichen zu wollen, verstösst meines Erachtens gegen die Verfassung. Quote wird wohl zum Wort des

Jahres gekürt und dabei sollten wir dies dann auch belassen.

Der Biber ist los

Und dabei ist er ja erst seit 2008 in Liechtenstein nachgewiesen. In kürzester Zeit hat sich das niedliche Tierchen zum Nager non grata durchgebissen. Mit Büchse und Fallen wird ihm nun getrachtet. Pro und Contra reichen sich die Hand. Hat denn niemand seine Ausbreitung, sein Verhalten und Aktivitäten und die entsprechenden Auswirkungen auf Mensch und Natur vorausgesehen?

Im April 2014 erschien eine vom Biologen Michael Fasel verfasste Analyse von 50 Seiten mit dem Titel: «Analyse der Liechtensteiner Talgewässer in Bezug auf ihre Biber-tauglichkeit unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes». Als Laie habe ich diesen Bericht gelesen und stelle mit Erstaunen fest, dass er schon damals eigentlich auf alle relevanten Auswirkungen einer wachsenden Biberpopulation in unseren Gewässern hingewiesen hat. Es scheint so zu sein, dass nun versucht wird, das Problem durch das Fangen und Schiessen von Bibern zu lösen. Alle Fachleute, die sich bisher öffentlich dazu geäußert haben weisen darauf hin, dass diese Massnahme das Problem nicht nachhaltig lösen kann. Sie weisen auch darauf hin, dass uns die Präsenz des Bibers in unserem Land weiterhin beschäftigen wird und ohne technischen Schutz der sensiblen Hochwasserschutzanlagen das Problem nicht gelöst werden kann. Das momentane Handeln der Behörden ist konzeptlos – ein landesweites Biberkonzept fehlt immer noch. Dieses muss gemäss Michael Fasel Massnahmen auf Stufe Prävention und Eingriffe in die Population enthalten. Sie können diese Schrift auf unserer Homepage www.du4.li runterladen und lesen.

Nach den Wahlen

von Agnes Dentsch

Es war eine böse Überraschung für die Frauen. Von 19 Kandidatinnen wurden nur drei gewählt. Rund 28% der Wähler sind nicht zur Urne gegangen, warum denn nicht? Ob Frauen Frauen oder Männer Frauen gestrichen haben, hängt sicher auch mit den Familienstrukturen zusammen. Solange bei einigen Familien die Meinung herrscht: Frauen gehören hinter dem Herd, wird nichts mit Wahlen von Frauen. Da ist sicher ein Umdenken in der Gesellschaft nötig.

Seit den Wahlen wurde viel über die Frauenquote geredet. «Hoi Quote» wurde gegründet. Ob die Frauenquote aber der richtige Weg ist, bin ich mir gar nicht so sicher. Trotzdem stand ich solidarisch am 30. März bei dem Einmarsch der neuen Landtagsabgeordneten mit SD Erbprinz Alois an der Spitze, vor dem Landtagsgebäude, mit dem Hintergedanken: Die neuen Landtagsabgeordneten sollen sich Gedanken darüber machen, wie sie das

«Frauenproblem» lösen könnten, damit bei den nächsten Wahlen mehr Frauen im Landtag gewählt werden. Eine Lösung des Problems sehe ich in den Parteien. Frauen sollten besser für die Wahlen «vorbereitet» werden. «Alt-Landtagsabgeordnete» haben schon Wahlkampf Erfahrung. Diese Erfahrungen sollten sie den Frauen weitergeben. Frauen müssen besser gefördert werden. In einem patriarchalisch geprägten Land wie Liechtenstein müssen Frauen leider immer noch mehr leisten als die Männer. Frauen müssten auch mehr politische Ämter zugetraut werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das soziale Umfeld, die Finanzen und die Gesundheit spielen eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Wir Frauen fühlen und handeln anders als Männer. Wir Frauen sind sehr wohl in der Lage diese Zusammenhänge zu erkennen und unsere Lebenserfahrungen in die Politik einzubringen. Frauen im Landtag sind eine Bereicherung für uns alle. Leider wird unser Engagement zu wenig honoriert.

Auf die neuen Landtagsabgeordneten wartet viel Arbeit, leider nur mit wenig Frauen-Vertreterinnen. Neid, Missgunst, «Vetterliwirtschaft» haben in der Politik nichts verloren. Landtagsabgeordnete sind für die Belange des Volkes da und

nicht nur um ihre eigenen bzw. die Interessen der Parteien zu vertreten. Wünsche allen DU-Abgeordneten eine erfolgreiche Arbeit, sie sollen weiterhin unangenehme Themen ansprechen und für Gerechtigkeit sorgen.

Familienunterstützung vor Quoten

von Herbert Elkuch

Vor der Landtagswahl 2017 stand die Familie im Vordergrund. Jetzt, nach den Wahlen die Frauenquote. Dabei ist es die Familie, welche die Zukunft des Staates und der Wirtschaft sichert. Quoten helfen nicht unsere Sozialsysteme zu finanzieren. Dazu braucht es nachkommende Generationen, vor allem für die Altersversorgung. Zudem geht es auch um die Stärkung unserer heimischen Bevölkerungsstruktur. Im Jahr 2015 erhöhte sich die ständige Bevölkerung um 256 Personen, davon hatten nur 60 Personen die liechtensteinische Staatsbürgerschaft. Für mich steht die Familienförderung vor einer Quote. Ich wer-

de weiterhin eine breitgefächerte Familienpolitik vertreten, welche auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einbezieht.

Krankenkasse Kostenbefreiung

Zum Beispiel eine Kostenbefreiung für Franchise, Selbstbehalt, Spitalkostenbeitrag für Mutter und Kind bei Krankheit ab der 13. Schwangerschaftswoche bis zehn Wochen nach der Niederkunft.

Kleinbetriebe entlasten

Heute müssen die Mutterschaftsgelder diejenigen Firmen bezahlen, in denen die werdende Mutter gerade beschäftigt ist. Für einen

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

Parlamentswahlen sind ein normales, regelmässig wiederkehrendes und als solches charakteristisches Merkmal einer Demokratie. Aber dennoch erzeugen Wahlen auch immer wieder für eine Art Ausnahmezustand. Liechtensteins letzte Landtagswahlen begannen recht ruhig, in den Medien wurde beklagt, es finde gar kein richtiger Wahlkampf statt – bis die Ärzteschaft für Hektik und Ungewissheit sorgte. Im Dezember und Januar dachte wohl niemand daran, dass nach den Wahlen der Ruf nach einer «Frauenquote» im Landtag oder allgemein in der Politik wochenlang die Leserbrief- und Kommentarspalten der Zeitungen dominieren würde.

Frauen und wohl auch etliche Männer waren empört, dass wieder weniger Frauen in den Landtag gewählt wurden, als bis anhin drin waren (siehe Beitrag von Harry Quaderer nebenan). Im Nu wurde der Verein «Hoi Quote» gegründet. Der Verein setzte sich intensiv «mit den Ursachen des schlechten Abschneidens von Frauen bei den Landtagswahlen 2017 auseinander», hiess es im Begleittext zu einer Reihe von Fragen, die den Parteien gestellt wurden. Waren das kritische Fragen oder Fragen, um die Parteien aufs Glatteis zu führen? Ein Beispiel: «Ist es zutreffend, dass Sie Frauen ungeachtet ihrer Eignung für ein politisches Amt aufstellen, weil Sie Mühe haben, überhaupt Kandidatinnen zu finden?» Solche Fragen sind doch eine Zumutung, vor allem gegenüber den Frauen, die kandidieren. Harry Quaderer fragte: «An dieser Stelle möchten wir von eurem Verein gerne noch wissen, wie ihr «geeignete» Kandidatinnen definiert? Vielleicht können wir daraus was lernen.» Eigentlich hätte man zurückfragen müssen, was denn «Hoi Quote» von den Kandidatinnen gehalten habe? Liesse die Antwort allenfalls Schlüsse darauf zu, wie bzw. welche Frauen und Männer «Hoi-Quote»-Mitglieder gewählt haben?

Es schadet gewiss nichts, wenn die Politik von Interessengruppen verschiedenster Couleur oder auch Leserbriefschreibern angetrieben wird. Problematisch wird es, wenn auch selbsternannt kritische Medienschaffende von angeblich neutralen Parteizeitungen sich als «Antreiber» der Politik betätigen. Durch die Medien werden allzu oft Dinge aufgebauscht, die eigentlich gar nicht wichtig sind. So veröffentlichte der Volksblatt-Redaktor David Sele im März Interviews mit den Parteichefs. Von den Unabhängigen wollte er z.B. wissen:

«Nicht nur im Verein, sondern auch in der Publikation der Unabhängigen, dem «hoi du», finden Autoren aller Couleur Platz. Können diese Texte per se als Positionen der Unabhängigen gesehen werden? Wie unabhängig sind die Autoren? Würde beispielsweise ein Text, der die Abschaffung der Monarchie und die Einführung des Kommunismus fordert, abgedruckt? Lassen sich die Abgeordneten der Unabhängigen überhaupt einer politischen Linie zuordnen? «Politico.eu» sprach nach den Landtagswahlen von «right-wing populist Independents». Können Sie sich damit ansatzweise identifizieren?»

Was soll das? Das soll kritischer Journalismus sein? Solche Fragen zu beantworten überlassen wir gerne den Schreibern, die sie sich aus den Fingern saugen. Unsere Autoren befassen sich lieber mit Themen, welche die Menschen in Liechtenstein wirklich interessieren.

PIO SCHURTI

Generalversammlung

Gerne weisen wir die du-Mitglieder schon jetzt auf die bevorstehende Generalversammlung unseres Vereins hin. Sie findet am Dienstag, den 13. Juni um 19.00 in der Cantina im Schaanwald statt.

AUS DEN GEMEINDEN

Was bleibt der Bau- und Liegenschaftskommission zu tun?

von Marcel Korner,
Mitglied Bau- und Liegenschafts-
kommission Triesen

Der Zweck einer Kommission ist laut Reglement der Gemeinde Triesen*:

- Eine umfassende Meinungsfindung in Sachfragen zu erreichen
 - Eine breite demokratische Abstützung der Arbeit des Gemeinderates zu ermöglichen
 - Die Gemeindebehörde von besonderen Aufgaben zu entlasten
- Die Aufgaben sollen sein:
- Vorberatung von Geschäften im Auftrag des GR oder Vorstehers.
 - Entwickeln von Konzepten und Ideen zur Unterbreitung in den Gemeinderat
 - Zusammenarbeit mit anderen Kommissionen.

Vor allem wird betont, dass die Kommissionen in möglichst frühen Phasen vom Gemeinderat u/o Vorsteher in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen sind.

Die Praxis zeigt jedoch, dass die Sitzungen der Bau- und Liegenschaftskommission in Triesen darin bestehen, Entscheide des Gemeinderates und Informationen der Bauverwaltung entgegenzunehmen. Wenn die Kommission die Informationen zugebracht bekommt, kann man sie in der Regel selbst im Netz der Gemeinde nachlesen.

Die Liegenschaften in unseren Gemeinden bzw. das Liegenschaftsvermögen steigt stetig an.

Da werden Verwaltungsgebäude gebaut und erweitert. Kindergärten und Primarschulen entsprechen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und werden abgerissen und erneuert. Die Hallenbäder für viel, viel Geld modernisiert, Die Feuerwehr kann ihr topmodernes Equipment natürlich auch nicht im Regen stehen lassen. Für die TennisspielerInnen wird auch im Winter gesorgt und die Fussballplätze können sich in jeder Gemeinde Liechtensteins (dort wo es hat) sehen lassen bzw. mehr als nur messen mit Anlagen über dem Rhein.

Man stelle sich vor: Die Gemeinde Triesen, die Bürgergenossenschaft und die Pfarrkirchenstiftung besitzen zusammen ca. 43 Liegenschaften mit einem Versicherungswert von sage und schreibe ca. CHF 200 Mio.!

Am 09.06.15 wurde eine sogenannte Strategie-Kommission gebildet, die aus Vertretern aller Parteien im Gemeinderat besteht.

Ausschnitt aus der damaligen Pressemitteilung:

«Gemäss den Vorgaben sowie Prognosen des Finanzplanes und des Investitionsbudgets über die kommenden fünf Jahre stehen in der Gemeinde Triesen wei reichende Entscheidungen betreffend die Umsetzung verschiedener Hochbauten an. Um diese Investitionen abzuwägen, strategisch zu planen sowie zeitlich zu priorisieren, wird sich eine Strategiekommission mit diesen Fragestellungen intensiv

auseinandersetzen und konsensfähige Lösungsvorschläge im Gemeinderat unterbreiten.»

Es stellt sich die Frage, was denn nun die Aufgaben der Bau- und Liegenschaftskommission sein soll?

Die Sanierung der Tennishalle für ca. CHF 700'000.-, die Sanierung und Erweiterung der Primarschule für ca. CHF 4 Mio. und der geplante Neubau eines Kindergartens in der Maschlina für ca. CHF 3.2 Mio. – nur um ein paar Beispiele zu erwähnen – wurden bis jetzt an der Bau- und Liegenschaftskommission vorbeigeschleust. Wohl heisst es vom Kommissionsvorsitzenden in der aktuellen Gemeindeformation zur Arbeit dieser Kommission, dass das Eine oder Andere diskutiert wurde, was auch stimmt; aber Entscheidungen zu erörtern bzw. Stellungnahmen oder gar Konzepte zu entwickeln – davon kann keine Rede sein. Die anwesenden Personen von der Abteilung Hochbau meinten jeweils nur, dass hierzu Spezialisten am Werk seien und diese schon das Richtige entscheiden würden. Dazu bräuchte es die Kommission m.E. nicht.

* Reglement Nr. 30a Gemeinde Triesen, Stand, 02.09.03

Wussten Sie, dass..

... diverse Fragen an Liechtenstein Marketing betreffend die FIS Alpinen Ski Weltmeisterschaften in St. Moritz vom Februar 2017 direkt an das Ressort Präsidiales weitergeleitet und folgendermassen beantwortet wurden:

«Gerne möchten wir folgende Punkte vorausschicken: Bei den FIS Alpinen Ski Weltmeisterschaften in St. Moritz vom 6.–19.02.2017 handelt es sich um einen Wintersport-Grossanlass. Das «Liechtenstein House» dient dabei der Image- und Netzwerkpflge sowie der Positionierung Liechtensteins als Wintersportland, Ferienland und erfolgreiche Skination. Die Rollenverteilung ist dabei wie folgt:

Liechtensteinischer Skiverband: Veranstalter des Liechtenstein House, Vermarktung der Packages an Sponsoren und Firmen, Organisation der Anlässe, Beziehung zu sportlichen Funktionären und Verbänden, Vertragspartner mit «La Baracca», Sponsoren und Firmen

Liechtenstein Marketing: Branding des Liechtenstein House, Koordination der Liechtenstein Tagesanlässe im Auftrag der Regierung/Ministerien

Regierung: Sponsoring des «Liechtenstein House» und Teilnahme an Veranstaltungen

Familie im Land wird diskriminiert

Beispiel Geburtszulage: Der mittlere Bruttomonatslohn in Liechtenstein, nach Lohnstatistik 2014, lag bei CHF 6552. Die Geburtszulage, CHF 2'300, entspricht 35% eines mittleren Lohnes in Liechtenstein. In Österreich betrug der mittlere Monatslohn im gleichen Zeitraum ungefähr CHF 3'765. Für Kinder die in Österreich wohnen, von denen ein Elternteil in Liechtenstein arbeitet, bezahlt Liechtenstein ebenfalls eine Geburtszulage von CHF 2'300, das entspricht 61% bezogen auf den mittleren Monatslohn in Österreich. Die Familie des österreichischen Arbeitnehmers ist also weit besser gestellt als die Familie in Liechtenstein, weil dort die Lebenshaltungskosten viel tiefer sind. Verschiedene andere Länder

Kein Parkett zu weit, um nicht mitzutanzten

von Ado Vogt

Nach den Wahlen ist anscheinend alles gleich wie vor den Wahlen. Munter meint unsere Politik, dass wir mit den Weltmächten auf jedem Parkett mittanzten sollten. Da reist unsere alte und neue Aussenministerin innerhalb weniger Tage an die Sicherheitskonferenz nach München, zum UNO-Menschenrechtsrat nach Genf und schliesslich nach Malta, um dort die EU Präsidenten zu treffen.

Weniger zu reden gibt die Reisetätigkeit, als die Themen dieser Konferenzen. So ging es bei der Sicherheitskonferenz etwa um die Zukunft der Nato, Spannungen mit Russland und den Syrien-Konflikt. Es ist nur zu hoffen, dass unsere Vertreter selbst nicht daran glauben, dass irgendjemand auf diesem Planeten mit knapp 7.5 Milliarden Menschen auf den Beitrag Liechtensteins zur Sicherung des Weltfriedens wartet.

Beim UNO-Menschenrechtsrat in Genf wurde von Liechtenstein die Menschenrechtssituation in Syrien angesprochen. Des Weiteren wurden wir von UNO-Flüchtlingskommissariat für den Einsatz zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gelobt,

dafür gab es für einen ehemaligen liechtensteinischen Minister sogar einen Orden der Republik Österreich. Es ist natürlich immer toll, wenn man auf Kosten aller Steuerzahler Flüchtlinge aufnehmen kann, wobei dann die Allgemeinheit die Konsequenzen der Integration tragen darf. Ich bin der Meinung, jeder soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten und seiner Überzeugung engagieren, es darf aber nicht sein, dass über das Volk hinweg solche Entscheidungen getroffen werden und die Rechnung dem Volk präsentiert wird.

Es müssen immer grosse symbolische Würfe sein, mit denen man sich schmücken kann. Dabei werden die kleinen Themen, die aber das liechtensteinische Volk direkt betreffen, gerne übersehen. So könnte man doch bei der Sicherheitskonferenz das Thema Kriminaltourismus aufgreifen, bei der EU im Rahmen des Schengen Abkommens deponieren, dass wir die Grenzen besser kontrollieren werden, wie das die EU-Staaten ohne Absprache tun, wenn es ihren Interessen nützt.

Aber dann gäbe es höchstens eine Rüge, und keine Auszeichnung...

Pro LFV-Fussball Ausbildungszentrum

Peter Laukas,
du-Gemeinderat Eschen

Ja, gut, dass es die Bürgergenossenschaft in Eschen noch gibt! So die Gegner des geplanten und vom Gemeinderat einstimmig genehmigten LFV- Ausbildungszentrum.

Ja, schade, dass die Bürgergenossenschaft das Projekt ablehnte. Ich bin immer noch der Meinung, dass das Ausbildungszentrum für Eschen ein wegweisender Schritt in die richtige Richtung und eine saubere Anlage für Mensch und Umwelt gewesen wäre. Die Sportstätte hätte das Unterland geprägt und der Bekanntheitsgrad wäre somit auch gestie-

gen, abgesehen davon, dass auch finanzielle Mittel in die Kasse der Gemeinde geflossen wären.

Wie wir auch alle wissen, gibt es keinen Vorteil ohne Nachteil. Der Nachteil, Weideland zu verlieren, ist in der jetzigen Zeit sicher nicht angenehm, aber wie sieht es in Zukunft aus? Wie entwickelt sich der Landwirtschaftsstand an der Rheinstrasse?

Nach der Absage besteht meines Erachtens kein Interesse mehr von Investoren, ein Projekt an der angrenzenden, bestehenden Sportstätte zu realisieren.

Meine Meinung: Schade, aber wird akzeptiert.

Familienunterstützung vor Quoten

Fortsetzung von Seite 1

Kleinbetrieb mit wenigen Angestellten ist dies eine hohe finanzielle Belastung. Meines Erachtens müssen die Kosten für Mutterschaftstaggelder auf ein grösseres Kollektiv (auf mehrere Firmen) verteilt werden. Dieser Schritt ist wichtig, falls später einmal die Taggeldzahlung verlängert wird.

Kostenlose-Bus-Abo

Eine weitere finanzielle Unterstützung der Familie wäre eine Sachleistung aus der FAK, mit welcher das Bus-Abo der LIEMOBIL für Schüler und Jugendliche kostenlos ist.

Wiedereinstiegshilfe in den Beruf

Finanzielle Unterstützung aus der FAK bei einem späteren Wiedereinstieg ins Berufsleben in einem liechtensteinischen Betrieb. Zum Beispiel den Unternehmer von der Sozialabgabepflicht für einen gewissen Zeitraum zu befreien. Damit könnten die Einarbeitungskosten nach einer längeren Abwesenheit

in Folge der Kinderbetreuung ein Stück weit kompensiert werden.

Kindergeld

Im Koalitionsvertrag FBP-VU ist die Prüfung einer Indexierung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnsitzstaates der Kinder. Nach meiner Ansicht soll nicht nur geprüft, sondern auch umgesetzt werden. Mit 70.1% ausländischer Arbeitskräfte geht sehr viel Kindergeld ins Ausland, weil alle Kinder im Ausland, deren Elternteil in Liechtenstein arbeitet, Anrecht auf Kindergeld von Liechtenstein haben.

Geburtszulagen

Die Geburtszulage beträgt CHF 2'300.00, Liechtenstein (FAK) bezahlte im Jahr 2015 für Geburtszulagen CHF 2'472'958.00. Nach Adam Riese erhielten also 1'075 Kinder eine Geburtszulage. Im gleichen Zeitraum kamen in Liechtenstein jedoch nur 325 Kinder zur Welt. Folge dessen gingen grob gerechnet 2/3 der ausbezahlten Geburtszulagen an Kinder im Ausland.

Fragen:

Wurde das Haus von Liechtenstein Marketing gemietet? Für wie lange genau? Kostenpunkt?

Das Restaurant «La Baracca» wurde in der Zeit vom 06.02.2017 – 17.02.2017 vom Liechtensteiner Skiverband LSV gemietet. Die Liechtensteinische Regierung beteiligte sich mit einem Beitrag von CHF 150'000 an den Gesamtkosten des «House of Liechtenstein». Diese waren aufgeteilt in CHF 120'000 an den LSV und CHF 30'000 für die Aufwendungen von Liechtenstein Marketing. Darin enthalten waren das Branding des «House of Liechtenstein», die drei Anlässe für Total 150 Gäste inkl. Tickets für die Skirennen, Speisen und Getränke. Weiters wurden die Ski-Fans in St. Moritz für die Rennen mit Liechtensteiner Beteiligung mit Merchandisingmaterial (Fahnen und Mützen) ausgestattet.

Wie viele Gäste aus dem Liechtenstein wurden geladen?

Der Liechtensteinische Skiverband hat das «Liechtenstein House» vermarktet. Davon hat die Liechtensteinische Regierung drei Anlässe/Renntage gebucht, an welchen 150 Personen eingeladen waren. Es waren dies Gäste aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Liechtenstein.

haben noch weit tiefere Löhne als Österreich. In Anbetracht dieser eindeutigen Fakten, benachteiligt und diskriminiert die heutige liechtensteinische Familienpolitik die Familien im eigenen Land gegenüber Familien im Ausland.

Indexierung

Deshalb werde ich mich nicht nur für die erwähnte Prüfung seitens der FBP und VU, sondern für eine zeitnahe Indexierung der Zahlungen ins Ausland einsetzen. Damit die Familien im Land wenigstens gleichviel wie Familien im Ausland erhalten, prozentual bezogen auf den mittleren Bruttomonatslohn des jeweiligen Empfängerlandes. Der Diskriminierung liechtensteinischer Familien ist endlich ein Ende zu setzen. Mehr im nächsten «hoi du»

Kann es sein, dass man Liechtensteinern den Eintritt in besagtes Haus verweigert hat?

Der LSV verkaufte die Packages (Verpflegung, Eintritte Rennen, Übernachtung) an Privatpersonen, Firmen, Sponsoren, etc. Dazu gehörte auch ein Essen im «House of Liechtenstein». Um diesen Gästen eine gewisse Exklusivität zu bieten, war jeweils von 18.30 – 22.30 Uhr «geschlossene Gesellschaft». Zusätzlich war vor der «La Baracca» ein frei zugänglicher Barbetrieb. Nach 22.30 Uhr wurde das «House of Liechtenstein» wieder für alle Besucher geöffnet.

Zur Erklärung: Im Tirolberg (Österreicher Haus) oder im «House of Switzerland» konnte man ebenfalls nur gegen Entgelt oder auf Einladung ins Haus. Allen anderen Besuchern war der Zutritt zu jeder Zeit verwehrt.

Wurden Tickets oder Abendveranstaltungen verkauft? Kostenpunkt?

Der LSV verkaufte die Plätze (Speisen und Getränke à discretion) im «House of Liechtenstein» an Privatpersonen, Firmen, Sponsoren, etc.» Dass der Eintritt fürs Abendessen gerade mal schnöde 350 Franken kostete, wachte das Ressort Präsidiales in seiner Antwort nicht mitzuteilen.

HARRY QUADERER

du

die Unabhängigen – für Liechtenstein

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti
Adresse: du – die Unabhängigen
Feldkircherstrasse 50,
Postfach 154, 9494 Schaan,
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19'600 Exemplare

Ernüchternde Zwischenbilanz der Energiestrategie

von Herbert Elkuch

Seit dem 10.3.2017 ist es definitiv: Die «Energiestrategie 2020» steht auf der Kippe. Die von der Regierung im Jahr 2012 (Ministerium für Wirtschaft) geplante Reduktion des CO₂-Ausstosses um 20% gegenüber dem Jahr 1990 ist gefährdet, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer, einheimischer Energieträger auf 20% ist definitiv nicht erreichbar, das Ziel war zu hoch gesteckt. Die bisherige Umverteilung von über 50 Millionen Franken, angefangen mit der E-Bike-Subvention, führte offensichtlich nicht zum geplanten Ziel.

Spenden: Schon die Energiestrategie 2008 bis 2012 ist schiefgelaufen. Um die Kirche im Dorf zu behalten, wurde damals mit Geldern aus Liechtenstein ein brasilianisches Holzschnitzelkraftwerk, zwei Biogasanlagen in Thailand und ein Wasser- und zwei Biomassekraftwerke in Indien mit CHF 5'778'345 mittels Kauf von CO₂-Zertifikaten, unterstützt.

Stopp dem «Weiter so»: Die Regie-

run (Ministerium für Wirtschaft) überlegte nun die Förderung (Subventionen) zu erhöhen. Elektromobilität, Solarzellen und energieeffizientes Bauen, sind die Stichwörter. Wieviel Steuergelder möglicherweise für Ausland-CO₂-Zertifikate exportiert werden, wurde nicht bekannt. Dieses «Weiter so» muss nun doch ernsthaft hinterfragt werden; da fliesst das Geld davon.

Die Finanzierung der Förderbeiträge für Immobilienbesitzer müssen nämlich auch diejenigen mittragen, denen generell oder finanziell die Voraussetzungen einer Subventionsberechtigung für eine Haussanierung, Solaranlage oder Elektroauto fehlen. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben. Dem kann nicht zugestimmt werden resp. das muss zurückgebaut werden.

Eine Erhöhung der Förderbeiträge belastet Privatpersonen, aber auch die Wirtschaft noch stärker mit Lenkungsabgaben, obwohl in den letzten Jahren hunderte Arbeitsplätze in der Produktion ins Ausland verlegt wurden, was zu

denken gibt. Anstatt beste Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft zu schaffen, werden der Kauf chinesischer Fotovoltaik-Produkte unterstützt und CO₂-Zertifikate im Ausland eingekauft.

Lobbygesteuerte Subventionsmaschinen produzieren – durch die Belastung vieler Bürger, die wenig haben – Marktverzerrungen, von denen wenige Bürger viel profitieren. Diese Art Umverteilung, nein! Ich unterstütze Massnahmen zur Schonung der Umwelt, der Energie- und Ressourcenvorräte auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien.

Absurd: Nachdem mit der Energiestrategie 2020 der CO₂-Ausstoss trotz massiver Anstrengung nicht oder knapp auf 80% von 1990 gesenkt werden kann, hat die Regierung im Pariser Klimavertrag vom Dez. 2015 eine CO₂-Reduktion auf 60% des Ausstosses von 1990 zugesagt. Diese Zusage in ungeheurerlicher Überschätzung der Realität ist vom Landtag noch nicht ratifiziert, noch besteht die Möglichkeit enorme Kosten zu vermeiden.

Strom aus Atom, Kohle und Gas für Liechtenstein?

Ökostrom ist unzuverlässig

von Herbert Elkuch

Dunkelflaute: Wie aus deutschen Medien zu entnehmen war, stellen in Deutschland in der ersten Januarwoche und dann wieder vom 16. - 26. Januar rund 26.000 Windkraftanlagen und mehr als 1,2 Millionen Solaranlagen ihre Arbeit für lange Zeit ein. Verantwortlich war eine sogenannte Dunkelflaute: Ein für diese Jahreszeit typisches Hochdruckgebiet sorgte für zehntägige Windstille und Nebel. Während dieser Zeit mussten die verpönten Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke mehr als 90 Prozent des deutschen Strombedarfs decken.

In Liechtenstein ist die Situation im Winter nicht besser. Windenergie fehlt komplett, die Solaranlagen arbeiten nur bei schönem Wetter ein paar Stunden pro Tag. Den Wasser-

kraftwerken Samina und Lawena fehlt im Winter das Wasser für die Nutzung der installierten Nennleistung im Dauerbetrieb. Am 19. Januar 2016 musste das LKW 93,2% des Strom-Bedarfs zukaufen, aus Ländern die konventionelle Kraftwerke besitzen.

Angebot und Nachfrage passen nicht zusammen. Am 19. Januar 2016 betrug der Strombedarf 1,4 Mio. KWh, hingegen am 7. August 2016 reichten 0,63 Mio. KWh. Also im Winter hoher Strombedarf, im Sommer ein tiefer. Die Fotovoltaik macht genau das Gegenteil. Sie produzierte im Sommermonat Juli 2016 die 7,6-fache Menge gegenüber dem Monat Januar 2016. Ohne konventionelle Kraftwerke im Ausland müssten im Winter in Liechtenstein Stromabschaltungen vorgenommen werden. Der gegenwärtige Stand der Technik verlangt, zusätzlich zur Stromproduktion mit Sonne und Wind, weiterhin flexible, leistungsfähige Atom- Kohle- und Gaskraftwerke zu betreiben, die in der Lage sind den ganzen Strombedarf wetterunabhängig zu decken. Die Stromnachfrage muss bei jeder Wetterlage und Jahreszeit gedeckt und das Stromnetz stabil gehalten werden. Es sind zwei Infrastrukturen notwendig, das kostet.

Energiespeicher sind teuer. Eine Strom-Speicherung vom Som-

mer in den Winter mit Hilfe eines Pumpspeicherkraftwerkes würde gewaltig grosse Speicherseen brauchen. Selbst bei uns in den Alpen wäre die Möglichkeit nur theoretisch gegeben. In der Praxis ist der finanzielle Aufwand zu hoch, die Eingriffe in die Natur sind zu schwer. Die Speicherung mit Batterien ist extrem teuer, mit äusserst hoher Umweltbelastung in der Herstellung und Entsorgung verbunden und höchstens für einen Lastenausgleich innerhalb weniger Tage, keinesfalls vom Sommer bis in den Winter geeignet. Langzeitspeicherung ist bislang wirtschaftlich nicht vertretbar.

Ressourcen sind begrenzt. Es wird noch viele Jahre dauern, bis auf die von der Natur zur Verfügung gestellten, fossilen Brennstofflager verzichtet werden kann. Allerdings ist der momentane Abbau höher als deren natürliche Erneuerung. Der Abbau im heutigen Umfang ist begrenzt. Die Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen.

Wer heute mit 100% wetterabhängigem Ökostrom auskommen möchte, muss zeitweilig bereit sein, kalt zu duschen, in der ausgekühlten Wohnung mit Kerzenlicht die Zeitung zu lesen, Internet und Fernsehen gibt's nur, wenn die Sonne scheint, und das Elektroauto bleibt in der Garage, wenn die Batterie leer ist, usw.

Sonnen- und Windkraftwerke liefern wetterabhängig Strom, von nichts bis zum Überschuss. Damit kämpft auch China, mit einer Windkraftkapazität von 145,1 Mio. KW, weltweit auf Platz eins. Aus einem Tätigkeitsbericht (März 2017) der chinesischen Regierung: «Wir sollen mechanismusbedingte und technische Probleme unverzüglich lösen, vorrangig gewährleisten, aus erneuerbaren Energien erzeugte Elektrizität ins Netz einzuspeisen, und den Umstand wirksam entschärfen, dass Wasser- und Windkraft sowie Solarenergie nicht genutzt werden.» Wie die Lösung aussehen könnte, davon steht nichts.

Subventionen für Autos?

von Herbert Elkuch

Autos werden in verschiedensten Variationen angeboten. Die Wahl trifft der Käufer, das ist sein gutes Recht. Darum geht es nicht. Die Frage ist, macht es Sinn gewisse Autos mit dem Geld der Allgemeinheit zu subventionieren?

Elektroautos belasten und brauchen Strassen wie die übrigen Autos. Im Jahr 2016 musste pro Liter unverbleites Benzin 73,12 Rappen Mineralölsteuer und 8% Mehrwertsteuer vom Säulenpreis bezahlt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Elektro-Auto-Fahrer für den Bau und Unterhalt von Strassen keinen Treibstoffzuschlag wie alle anderen bezahlen müssen.

Für einen möglichst CO₂ und Atommüll armen Betrieb von Elektrofahrzeugen muss Strom aus Wasser- Sonnen- oder Windkraft verwendet werden. Ist die alternative Energiequelle subventioniert, wird die Bereitstellung des Treibstoffs für Elektroautos durch die Allgemeinheit mitfinanziert. Diese versteckte und zusätzliche Subventionierung ist eine Förderung des Individualverkehrs.

Bei der Herstellung und Entsorgung des Elektroautos, inklusive der Batterien und der alternativen Stromversorgung, entstehen erhebliche Mengen an CO₂. Auch der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung sind höher als bei Autos mit Verbrennungsmotoren.

Elektroautos sind neue, zusätzliche Stromverbraucher. Die bestehenden Stromquellen aus Wasserkraft, Fotovoltaik und Wind sind bereits absorbiert. Ohne Zubau alternativer Stromquellen muss zum Laden der Batterien Strom aus konventionellen Kraftwerken verwendet werden, welche den CO₂-Ausstoss, je nach Strommix, beachtlich anheben.

Werden alle Fakten, die Herstellung und die Entsorgung des Elektroautos und der alternativen Energiequelle, die Umweltbelastung der konventionellen Kraftwerke für die Stromversorgung, sowie die bleibende Verkehrsbelastung mit einbezogen,

Fortsetzung auf Seite 4

Was uns weiter bringt, ist eine Generation, die an unsere Gesellschaft und an den Staat glaubt

von Suzana Muminovic

Die Reform der AHV, Klimaschutz und Integrationsmassnahmen – dies alles erfordert Entscheidungen von Politikern. Doch was bringen solche Entscheidungen mit sich? Vor allem sollte sich jeder fragen: Wen betrifft so etwas? Die Antwort darauf ist bereits gegeben, denn schlussendlich geht es um die Zukunft von uns allen. Wir haben die Möglichkeit, Entscheidungen zu beeinflussen, warum tun es nur wenige? Wo liegt der Grund? Am Wissensmangel. Der normale Bürger kennt sich in politischen Belangen zu wenig aus. Dies führt dazu, dass wir uns zu wenig für unser Land einsetzen.

Viele junge Menschen beschäftigen sich wenig bis gar nicht mit dem Thema Finanzen und Vorsorge für die Zukunft. Die Ursache liegt oft daran, dass den Jungen nicht beigebracht wird, wie man mit Geld umgeht. Zudem hat sich die Entwicklung in den letzten Jahren geändert: Wir leben in einer Konsum-Gesellschaft. Demnach wird Geld vielmehr als ein Mittel verwendet, um kurzfristige Bedürfnisse zu befriedigen. Meistens sind Leasing, Kleidung und Kreditkarten die Folgen. Die Auswirkungen davon sind enorm. Dadurch entsteht kein klares Verhältnis zum Geld. Doch wer ist verantwortlich, wenn sich

Schulden anhäufen? Durch dieses Verhalten wird die Eigenverantwortung geschwächt. Meiner Meinung nach, sollte die erste Rechnung im Monat für sich selbst sein, nämlich SPAREN.

Das langfristige Denken fehlt meines Erachtens enorm. Ich war auch eine von denen, die sich nicht gross mit dem Thema Finanzen beschäftigte. Bis ich mit 28 Jahren selbst eine Finanz- und Vorsorge-Beratung hatte. Was sind meine Ziele? Was will ich in den nächsten 5 bis 20 Jahren? Das waren solche Fragen, die mir durch diese Beratung bewusst gemacht wurden. Wie kann ich heute gut leben, gleichzeitig für meine Zukunft und meine Ziele sparen?

Mit so einem «Lebens/Business»-Plan ist man gut ausgerüstet, für eine bessere Zukunft, nicht nur für sich, sondern auch für sein Umfeld. Nicht umsonst heisst es: «Wissen ist Macht. Aber nur angewandtes Wissen ist Macht.»

Die heutige Generation ist mit verantwortlich für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Staates. Was uns weiter bringt, ist eine Generation, die an unsere Gesellschaft und an den Staat glaubt, eigene Ideen einbringt und diese auch verwirklicht. Verantwortung übernimmt und zusammenhält.

Bedrohungsmanagement

von Alexander Gassner

In der Landtagssitzung vom 4. November 2016 fand die 1. Lesung betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Landespolizei statt. Gegenstand der Beratung bildete die Vorlage der Regierung (BuA Nr. 128/2016), welche die Einführung eines Bedrohungsmanagements nach Vorbild des Kantons Solothurn bezweckt. Damit soll künftig u.a. die Möglichkeit geschaffen werden, Daten über «querulatorisch veranlagte Personen», die potentiell gewaltbereit sind, anzulegen und zu bearbeiten. Zweck des Bedrohungsmanagements sei es, eine «gemeinsame Kultur des Hinschauens» zu schaffen. Insgesamt würde die Einführung dieser Gesetzesvorlage «einen positiven Einfluss auf die Lebensqualität im Land» haben und zu «einer Hebung der Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Liechtenstein» führen.

Die Abgeordneten der Unabhängigen (DU) sprachen sich in der Landtagssitzung vom 4. November 2016 dezidiert gegen die vorgesehene Gesetzesänderung aus. Treffend führten sie u.a. ins Feld, dass die massgeblichen Bestimmungen viel zu offen und unbestimmt formuliert seien und den Behörden einen viel zu grossen Ermessensspielraum gewähren würden. Auch hinsichtlich des Datenschutzes gäbe es zu viele offene Fragen. Von den Abgeordneten der restlichen Parteien begrüssten einzelne die Vorlage ausdrücklich. Ein Grossteil dieser Abgeordneten blieb aber passiv, was im Hinblick auf die potentiellen Auswirkungen der geplanten Gesetzesänderung auf die Rechte und Freiheiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger unverständlich ist. Lediglich einzelne Abgeordnete der Altparteien erkannten die Gefähr-

lichkeit der Vorlage und äusserten grösste Bedenken, sprachen sich dann aber paradoxerweise für die geplante Änderung des Polizeigesetzes aus. Letztlich waren es einzig und allein die Abgeordneten der Unabhängigen, welche die potentiellen Gefahren für die Privatsphäre des Einzelnen und die Unverhältnismässigkeit der Gesetzesvorlage erkannten und gegen diese votierten.

Auch die im Rahmen der 1. Lesung geäusserten Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche des zuständigen Regierungsmitglieds konnten nicht überzeugen. Die bestehenden Massnahmen zur präventiven Gefahrenabwehr reichen völlig aus. Die viel zu unbestimmten Formulierungen der Regierungsvorlage öffnen Missbrauch und Willkür Tür und Tor. Die Gefahr, dass sich die von der Regierung propagierte «Kultur des Hinschauens» als Kultur der Bespitzelung und der gegenseitigen Denunziation entpuppt, ist viel zu gross. Dies gilt umso mehr als die im liechtensteinischen Entwurf statuierten Voraussetzungen der Bearbeitung von Daten sog. «Gefährder» im Gegensatz zur ebenfalls nicht unumstrittenen Rezeptionsvorlage aus dem Kanton Solothurn geringer sind.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der neue Landtag gegenüber der vorgesehenen Gesetzesänderung positionieren. Man kann nur hoffen, dass dieser die Freiheit und Privatsphäre der Bürger höher gewichtet als der verzweifelte Versuch mittels verstärkter Überwachung eine trügerische Illusion von Sicherheit zu schaffen.

Verein KiTa Liechtenstein: Stimmt die Struktur noch?

von Thomas Rehak

Der Verein KiTa Liechtenstein betreibt 11 Kitas und etliche Tagesstrukturen in Liechtenstein und erhält vom Staat jährlich CHF 2.27 Mio. an Subventionen. Bei einem Umsatz von CHF 5.41 Mio. entspricht dies komfortablen 42% der Einnahmen. Dazu kommen noch diverse Zuwendungen durch die Gemeinden in Form von Infrastruktur. Fast die gesamte durch das Land verteilte Subvention, nämlich 84%, geht an den Verein KiTa. Dadurch ist eine mächtige durch den Staat subventionierte Institution herangewachsen, welche eine grosse Verantwortung inne hat und dadurch kritisch betrachtet werden muss. Allein durch seine Grösse hat der Verein KiTa Einfluss auf die Regulierung der Kitaplätze und die Ausbildung des Betreuungspersonals. Es liegt in der Natur der Sache, dass dieser Verein sich hauptsächlich um seine eigenen Interessen kümmert und die Kitas, die nicht subventioniert werden, kaum vertritt. In unserem Land herrscht ein ungleicher Wettbewerb wegen ungleicher Verteilung des vom Landtag gesprochenen Beitrages für Fremdbetreuung. Um diesem Missstand entgegenzu-

treten, haben wir im Herbst 2016 vom zuständigen Regierungsrat Pedrazzini folgendes gefordert:

1. Die Höhe der Subvention muss für alle Kitas gleich sein.
2. Es werden nur erbrachte Leistungen subventioniert.
3. Subventionen bekommen nur Eltern mit Wohnsitz im FL.
4. Eltern, die einen Lohn über einen Gesamterwerb von 120'000 Franken gemäss Ziffer 21 der Steuererklärung versteuern, sollen keine Subvention erhalten.
5. Firmenkitas werden nicht subventioniert (Marktverzerrung), auch nicht indirekt über einen Betreiberverein.

Regierung muss endlich vorwärtsmachen

Es ist nun höchste Zeit, dass die Regierung vorwärtsmacht und die Finanzierung komplett neu organisiert. Eine Möglichkeit wäre, auch in Kombination mit unseren Vorschlägen, die Gemeinden mit einzubinden. Die Gemeinden sind näher am Bürger und können effizienter

entscheiden, wer einen subventionierten Kita Platz benötigt.

Praktikanten eine billige Arbeitskraft

In den vergangenen Wochen konnte man lesen, wie unsäglich der Verein KiTa mit jugendlichen Praktikanten umzugehen pflegt. Gegen Praktikumsstellen bei diesem hoch subventionierten Verein wäre nichts einzuwenden, wenn nicht der Anschein entstehen würde, dass die Jugendlichen als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Um dem entgegenzuwirken, muss die Regierung tätig werden. Im Kanton Bern beispielsweise ist die Praktikumszeit bei subventionierten Kitas auf maximal 6 Monate beschränkt, um eine solche Missstände zu verhindern. Zudem muss sich die Politik überlegen, ob es noch zeitgemäss ist, einem Verein 84% der gesamt ausbezahlten Subventionen zukommen zu lassen.

Für mich müsste der Verein in einzelne Ortsvereine aufgesplittet werden. Dann nämlich hätten Jugendliche, die eine Ausbildung als KindererzieherIn machen möchten, eine Auswahl an Lehrstellen und eine Absage des Vereins KiTa müsste keine Katastrophe sein.

Sind DU'ler Ökosünder?

von Thomas Rehak

Hätte ich der Wahlhilfe und dessen Spider geglaubt, wäre ich zum Schluss gekommen, dass ich wohl ein Ökosünder sein müsse. Dies weil nach Darstellung im Spider mein Interesse an einem «ausgebauten Umweltschutz» kaum vorhanden ist. Was natürlich ein absoluter Blödsinn ist.

Beantwortet man die Fragen bezüglich einer möglichen Rheinaufweitung, der S-Bahn und einer ausgedehnten Subventionspolitik negativ, wird man bei Wahlhilfe schon als Desinteressierter für alle Umweltangelegenheiten dargestellt. Ich hoffe, dass bei einer kommenden Befragung von Kandidaten hier differenzierter und analytischer vorgegangen wird. Die Unabhängigen haben sehr wohl offene Ohren, wenn es um ökologische Belange geht, sie müs-

du-Hock Unterland

Die nächsten Termine sind am 24. Mai 2017, 19:00 Uhr, im Gasthaus Wari Hütle, und am 21. Juni 2017, 19:00 Uhr, ebenfalls im Gasthaus Wari Hütle. Alle du-Sympathisanten sind herzlich willkommen.

sen aber sinnvoll, konkret und grössenverträglich sein. So haben sich die Unabhängigen für die Erhaltung von Kulturland und auch für die Bienengesundheit eingesetzt. Wir werden uns weiterhin für einen naturnahen Lebensraum und Umweltschutz einsetzen. Jeden Blödsinn, der uns als Umweltschutz verkauft wird, wie z.B. das Kaufen von CO₂-Zertifikaten im Ausland, werden wir aber nicht mitmachen.

Wussten Sie, dass...

... Aurelia Frick schon im Jahr 2012 bei der UNO in New York das Ende der Gewalt in Syrien forderte? Man darf sich fragen, ob vielleicht der Plenarsaal leer war. (hq)

... der weisse Abgeordnete Lagerer ohne die vielen du-Stimmen nicht in den Landtag gewählt worden wäre? (hq)

... gemäss VU-Chef Günther Fritz die VU sich nun vom Kuschelkurs verabschieden wolle, obwohl sie diesen die letzten vier Jahre vehement abgestritten hatten? (hq)

... der Koalitionsvertrag zwischen der FBP und VU reine Makulatur ist, denn gemäss VU-Präsident dürfen die Abgeordneten jetzt durchaus mal nach ihrem besten Wissen und Gewissen abstimmen. Ganz nach dem Motto: Rechts blinken, links abbiegen. (hq)

... Manuel Frick als Mitarbeiter im AAA (Amt für Auswärtige Angelegenheiten) von seiner Chefin Aurelia Frick zu ihrem Stellvertreter in die Regierung geholt wurde und er deshalb sein Gemeinderatsmandat ablegen musste? Dafür ist er jetzt, solange noch im AAA arbeitet, quasi theoretisch auch noch Chef des Amtsleiters. (hq)

... durch das Ausscheiden von Manuel Frick als Gemeinderat von Balzers eine Frau, Ingrid Heinisch, hätte nachrücken können, diese aber nicht wollte. So kam der abgewählte Gemeinderat, ehemalige und jetzt degradierte Amtsleiter der MFK, Fidel Frick wieder zum Zug und ist zurück im Gemeinderat. (hq)

... der VU-Kampagnenmanager und Werbefachmann Louis Vogt zum persönlichen Mitarbeiter von Daniel Risch befördert wurde? (hq)

Einkaufstourismus: Freiheit und Verantwortung

von Herbert Elkuch

Früher lockten die Schweizer Einkaufszentren mit Abend- und Feiertagsverkäufen Kunden über den Rhein. Jahrzehntlang fuhren viele Vorarlberger an ihren Läden und Tankstellen vorbei, zum Einkauf in unseren Wirtschaftsraum. Nun die Wende. Der währungsbedingte Anreiz, in Vorarlberg einzukaufen, entwickelte sich teils zum neuen Konsumritual. Nun fehlen nicht nur Liechtensteiner, sondern auch Vorarlberger Kunden. Dazu noch Abgänge durch online-Einkäufe. Mit der EWR-Mitgliedschaft gilt freier Waren- und Dienstleistungsverkehr, trotz wettbewerbsverzerrendem Eurokurs der EZB, die Geld drückt und den Euro künstlich schwächt. Die Warenfreigrenze legt

die Schweiz fest, eine Herabsetzung dürfte bei Einkaufstouristen nicht gut ankommen. Unser Gewerbe muss die ausländische Konkurrenz wohl oder übel akzeptieren und versuchen, ihr Bestes zu geben.

Es liegt am Einzelnen, die FL-Binnenwirtschaft zu unterstützen oder nicht.

Für meinen kleinen Haushalt lohnen Einkaufsfahrten nach Vorarlberg nicht. Hingegen kann es für eine Familie, vor allem wenn jeder Rappen zählt, ganz anders aussehen. Es macht jedoch Sinn, vor einem Einkauf im Ausland die Angebote in unserem Land zu prüfen. Nicht alles ist in Vorarlberg günstiger. Übertriebener Einkaufstourismus schwächt unsere Wirtschaft und entzieht dem Staat Steuer- und Sozialgeldeinnahmen.

Liechtensteinische Gasversorgung

Geld ins Ausland! Muss das sein?

von Herbert Elkuch

Die Verantwortlichen der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) beschlossen mit Stolz, für eine CO₂-Kompensation, Entwicklungs- und Schwellenländer in den nächsten zwei Jahren mit 380 000 Franken zu beglücken. Von wo diese 380 000 Franken hergenommen werden, wurde nicht gesagt. Es ist anzunehmen, nicht aus ihrer eigenen Geldtasche. Welche fernen Ländern dieses Geld erhalten, wurde verschwiegen.

Grundversorger haben in erster Linie der Bevölkerung zu dienen, anstatt im Ausland Projekte zu unterstützen. Jeder Bürger kann selber den Entwicklungsländern etwas spenden, wenn er will, nach seinem Ermessen. Dazu brauchen wir keine

Gasversorgung. Es gibt Firmen, die für Privatpersonen CO₂ kompensieren, zum Beispiel: Gegen eine freiwillige Spende unterstützt die «Stiftung myclimate Zürich», angeblich, Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Der Ertrag aus dem Gasverkauf im Jahr 2016 betrug rund 25.8 Mio. Franken. Gewinn, 3.8 Mio. Franken. Das Gas hätte demnach auch für 22 Mio. Franken oder um ca. 15% günstiger geliefert werden können. Wozu muss ein Staatsbetrieb in der Grundversorgung so viel Gewinn dazuschlagen?

Nach meiner Ansicht müssen Staatsbetriebe möglichst preisgünstig und zuverlässig die Grundversorgung gewährleisten. Dazu sind sie da, mehr nicht. Es genügt wenn die Selbstkosten gedeckt sind.

Fortsetzung von Seite 3

ist die Frage erlaubt, aus welchen Gründen keine Motorfahrzeugsteuer und Treibstoffsteuer eingehoben wird und dazu noch die Anschaffung selbst subventioniert wird.

Subventionen sind keine Geschenke des Himmels, sondern werden von der Allgemeinheit finanziert, wie denn? Über Abgaben und Steuern!

Elektroautos sind eher für Besserverdienende. Für viele junge Familien sind sie (noch) zu teuer. Die Subventionierung der Elektro-Autos muss der Kleinverdiener indirekt mitbezahlen. Solche Geld-Umverteilungsmechanismen widerstreben dem Gleichheitsgrundsatz, auch wenn dies einer bestimmten Lobby sauer aufstösst.

Der Artikel richtet sich nicht gegen Elektroautos und dessen Fahrer, sondern gegen unsinnige Subventionen. Bei der Verwendung von Ökostrom trägt ein Elektroauto-Besitzer zur Reduzierung schädlicher Abgase im Strassenverkehr bei. Wer ein Elektroauto fahren möchte, soll dies auch tun. Allerdings, ohne finanzielle Unterstützung durch das Fussvolk. Ein gutes Produkt braucht keine Subvention, sondern etabliert sich selber durch engagierte Käufer.

Habe die Ehre

von Harry Quaderer

Küss die Hand gnädige Frau, gnädiger Herr. Gegen Ende 2016 und Anfang 2017 durften gleich drei Mitglieder der Liechtensteinischen Regierung hohe Orden für ihre wertvollen Verdienste für die Republik Österreich in Wien in Empfang nehmen: Regierungschef Adrian Hasler erhielt den zweithöchsten Verdienstorden der Republik Österreich von Bundeskanzler Krenn. Alt-Vize-Regierungschef Thomas Zwiefelhofer erhielt das Goldene Ehrenzeichen am Bande von seinem Amtskollegen Bundesminister Brandstetter. Auch Aurelia Frick erhielt für ihre Verdienste um die Republik Österreich das Grosse Goldene Ehrenzeichen am Bande überreicht vom Vizekanzler Mitterlehner.

Aus einer Pressemitteilung geht hervor, dass unsere Aussenministerin dem Land Österreich, das den OSZE-Vorsitz (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) inne hat, unentgeltlich für ein Jahr «erfahrene Diplomaten» zur Verfügung stelle. Und da soll noch jemand behaupten, es mangle im Fürstentum Liechtenstein an erfahrenen Diplomaten und Diplomaten.

Betreibt die Gasversorgung Quersubventionierung?

von Pio Schurti

In seinem Beitrag zur freiwilligen CO₂-Kompensation durch die Gasversorgung geht Herbert Elkuch der Frage nach, ob und warum eine Staatstochter Geld verdienen und dann dem Staat Gewinne abliefern soll oder nicht. Die Gaspreise beinhalten in diesem Fall ja eine Art Steuer, die der Staat über die Abgaben der Staatstochter einhebt. Zudem stellt Herbert in Frage, ob freiwillige CO₂-Kompensationen Sache des Energielieferanten oder

nicht eher des mündigen Bürgers sein sollten. Der von Herbert zitierte «Gasverkauf» beinhaltet übrigens auch die Netznutzung.

Es gibt noch etliche weitere Fragen, denen nachgegangen werden sollte. Wie ist es möglich, dass die LGV innerhalb eines Jahres die Energiepreise um 60% senken konnte (vgl. Vaterlandbericht unten), obwohl die Börsenpreise Ende 2015 zu Ende 2016 in etwa gleich hoch waren (vgl. Kurve unten).

Die LGV hat im selben Zeitraum die Netznutzungskosten, auf welchem sie das Monopol hat, um etwa 20% erhöht. Der «grosse» Leitungsbau mit Hochdruckleitung durchs Land sowie dem Mittel- und Niederdrucknetz ist schon

seit Jahren abgeschlossen. In den vergangenen Jahren wurden lediglich kleine Netzerweiterungen und Hausanschlüsse erstellt. Dies kann nicht der Grund für Netznutzungserhöhung sein.

Würden Quersubventionen getätigt? Vom Netz zur Energie? Wie sehen die Zahlen bei den neu erworbenen alten Blockheizkraftwerken und Fernwärmenetzen aus? Wie errechnet sich der Netznutzungspreis? Welche Kosten sind in welchen Preisen enthalten. Ist der Netzwert gerechtfertigt.

Wieso verkaufte die LGV den Grosskunden im Winter 2016 / 2017 das Gas unter den damaligen Börsenpreisen? Muss dieser Umstand als Quersubvention vom Kleinkunde zum Grosskunden verstanden werden?

Vaterland

Vermischtes

LGV senkt erneut Erdgaspreise

Die LGV senkt die Erdgaspreise ab 1. Januar 2017 um durchschnittlich 12 % für Haushalts- und Gewerbekunden Das ist die dritte Preissenkung innerhalb von 12 Monaten.

Die LGV reagiert damit auf die derzeit niedrigen Beschaffungspreise und gibt die Kostenersparnis im Ausmass von durchschnittlich 12 Prozent direkt an die Kunden weiter. Wirksam wird die Änderung mit 1. Januar 2017. Ein durchschnittlicher Haushaltskunde spart durch die erneute Preissenkung von 0.40 Rp./kWh rund 80 Franken im Jahr.

In einem Jahr hat die LGV insgesamt ihre Preise somit um durchschnittlich 1.70 Rp./kWh oder um 60 Prozent senken können. Dies entspricht einer Einsparung von rund 340 Franken pro Jahr. Die liechtensteinischen Erdgaspreise liegen somit bei den Preiswertesten im Vergleich zu den Energieversorgern der gesamten Schweiz. (pd)

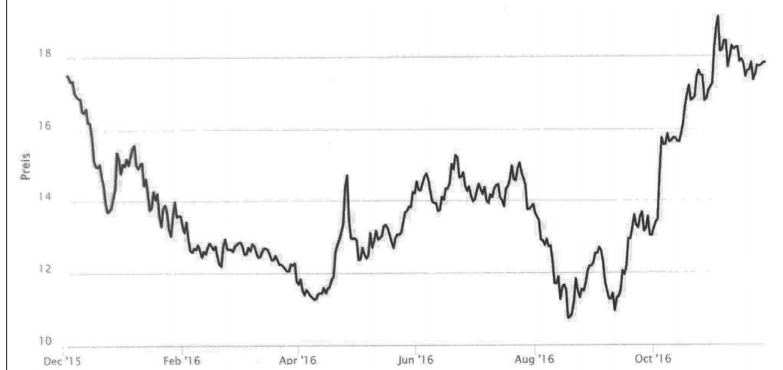
28. Nov 2016 / 17:15

Artikel: <http://www.vaterland.li/liechtenstein/vermischtes/LGV-senkt-erneut-Erdgaspreise2;art171,238261>

Copyright © 2014 by Vaduzer Medienhaus

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung.

Das Vaterland berichtete über die Senkung der Gaspreise.



Kurve der Gaspreise an der Börse.